

LEAVE

NO ONE

BEHIND

Kompass 2030

DIE WIRKLICHKEIT DER DEUTSCHEN
ENTWICKLUNGSPOLITIK 2016

INHALT

INHALT	02
VORWORT	03
<i>Einführung</i> DEUTSCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IM JAHR EINS DER AGENDA 2030	05
<i>Kommentierung</i> EXTRA-ANSTRENGUNGEN FÜR DIE ZURÜCKGELASSENEN	10
<i>Handlungsfeld 01</i> FLUCHT UND MIGRATION	12
<i>Handlungsfeld 02</i> ARMUT ÜBERWINDEN	14
<i>Handlungsfeld 03</i> HUNGER BEENDEN	16
<i>Handlungsfeld 04</i> VERWUNDBARE GRUPPEN, KINDER UND FRAUEN STÄRKEN	18
<i>Handlungsfeld 05</i> JUGEND BESCHÄFTIGEN	20
<i>Bewertung</i> DEUTSCHE ENTWICKLUNG- ZUSAMMENARBEIT MESSEN	22
<i>Zusammenfassung</i> IN A NUTSHELL	26
FUSSNOTEN	27
ABKÜRZUNGEN	27

Impressum

KOMPASS 2030

Die Wirklichkeit
der deutschen Entwicklungs-
politik 2016

ANSPRUCH

Niemanden zurücklassen

HERAUSGEBER

Deutsche
Welthungerhilfe e. V.
terre des hommes
Deutschland e. V.

REDAKTION

Richard Haep,
Wolf-Christian Ramm

AUTORIN

Marina Zapf

GESTALTUNG

Katharina Noemi Metschl

HERSTELLUNG

Carsten Blum

DRUCK

Offset-Druck Schönesseifen
Röttgener Straße 100,
53127 Bonn

REDAKTIONSSCHLUSS

15. August 2016

ISBN-NUMMER:

978-3-941553-26-2

Dieser Bericht ist online
verfügbar unter:

WELTHUNGERHILFE.DE/
KOMPASS2030

TDH.DE



VORWORT

In diesem Jahr veröffentlichen die Welthungerhilfe und terre des hommes Deutschland den 24. Bericht „Die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik“. Wir haben uns 2016 allerdings für ein völlig neues Format entschieden. So wie die Agenda 2030, auch Weltzukunftsvertrag genannt, den Fahrplan für eine globale nachhaltige Politik verändert, frischen wir auch unseren Bericht auf: kürzer, prägnanter und ergänzt durch aktuelle Inhalte und weiterführende Verweise im Internet.

In bewährter Manier unterziehen wir dabei die deutsche Entwicklungspolitik einer kritischen Analyse, was sie im internationalen Kontext als Geber staatlicher Entwicklungshilfe (ODA) leistet, welche Schwerpunkte sie setzt und wie sie die Mittel einsetzt.

Weil die Entwicklungspolitik dem Handeln der Bundesregierung aber stärker als bisher einen Fahrplan geben sollte, assistieren wir künftig dabei: mit einem eigenen Kompass.

In diesem Jahr weist der Kompass auf das Leitprinzip der Agenda 2030: Niemanden zurücklassen! Daraus leiten wir fünf Politikfelder ab, in denen wir vorrangiges Handeln im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) für geboten halten. Für uns heißt das: investieren in die Benachteiligten und Ausgeschlossenen, in ihre Fähigkeiten und Chancen und nicht zuletzt in die Handlungsfreiheit in ihren Gesellschaften.

Der Kompass wird sich zukünftig an den von den Vereinten Nationen gesetzten Jahresthemen orientieren und daraus seine Schwerpunkte ableiten: Armut und Wohlstand (2017), Transformation zu nachhaltigen und widerstandsfähigen Gesellschaften (2018) sowie dem Weg zu mehr Gleichheit und Inklusion (2019).

Künftig wollen wir dabei auch aufzeigen, wie glaubwürdig sich deutsche Entwicklungspolitik und andere wichtige Politikfelder ergänzen, um die Transformation zu einer nachhaltigen Welt bei uns und in der Welt anzugehen. Denn nicht die Entwicklungspolitik hat die Agenda 2030 unterzeichnet, sondern Kanzlerin Angela Merkel. Damit ist ein „Weiter so“ keine Option mehr.

Kohärenz ist das Stichwort. Der Open Knowledge Foundation Deutschland danken wir 2016 für die Unterstützung bei der Bewertung dieser Kohärenz, ebenso für die Bereitstellung von Daten, wie die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im internationalen Vergleich abschneidet.

Bonn/Osnabrück im August 2016



ALBERT RECKNAGEL
terre des hommes
Vorstandssprecher



DR. TILL WAHNBÆCK
Vorstandsvorsitzender
der Welthungerhilfe

DEUTSCHLAND IM JAHR EINS DER AGENDA 2030

Auch die Entwicklungspolitik hat seit vergangenem September mit der Agenda 2030 einen neuen Zielkorridor: die von der UNO verabschiedeten nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG). Sie gehen weit über die zuvor geltenden Millenniums-Entwicklungsziele hinaus, auch weil sie berücksichtigen, dass Länder mit hohem Entwicklungsgrad weit davon entfernt sind, nachhaltig zu sein. Darunter Deutschland.

Die Staatengemeinschaft hat sich nicht weniger vorgenommen, als den Planeten für künftige Generationen vor dem Kollaps zu retten, sein Wirtschaften und die Gesellschaften gerechter zu gestalten. Nachhaltigkeit ist das Gegenteil von Raubbau und Ausgrenzung benachteiligter Gruppen. Für dieses neue Verständnis liefert die Agenda 2030 die Klammer und die Unterziele die Bausteine zur anstehenden und notwendigen Transformation.

Diesem Leitbild entsprechend muss Deutschland sich künftig auf drei Ebenen neu ordnen: Es ist selbst Entwicklungsland, das bei Konsum, Produktion und ökologischem Fußabdruck umsteuern muss. Es darf durch eigenes Handeln die Umsetzung der Ziele in anderen Ländern nicht gefährden. Und die Regierung ist angehalten, entlang dieses Kohärenzgebots besonders Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen.

Mit 17 Oberzielen und 169 Unterzielen sei die Agenda 2030 „umfangreich“ geworden, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem

Nachhaltigkeitsrat Ende Mai.⁽¹⁾ „Wir wissen, dass wir uns sehr anstrengen müssen.“ Die Regierung werde „sicherlich Schritt für Schritt lernen“, für die vielen Ziele „entsprechende Initiativen in Gang zu setzen“.

Allein: Herantasten genügt nicht. Als Basis der Umsetzung dient eine Neuauflage der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die bis Ende des Jahres im Kabinett beschlossen werden soll. An der Weiterentwicklung zu einer praktischen Orientierung soll die Zivilgesellschaft angemessen beteiligt werden. „Politische Ziele“ und „relevanter Handlungsbedarf“ sollen erst zur Endfassung im „Herbst/Winter 2016“ bestimmt werden.

Auch der inzwischen bei der UNO präsentierte erste Bericht über die Verwirklichung der Ziele gleicht mehr einer Bestandsaufnahme als einem Aufbruchssignal. Für das High Level Political Forum (HLPF) skizzierte die Regierung – aufbauend auf dem Entwurf der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – im Juli den „eingeschlagenen Weg zum Ziel“: „vorbereitende Umsetzungsanstrengungen“ und „erste Prioritäten“.

Geprägt ist der Bericht indes weniger von Mut als von Zurückhaltung: Wohl dekliniert er bekannte Vorhaben wie die Energiewende oder Klimafinanzierung durch die Raster der 17 SDG. Besonders in der Außen- und Entwicklungspolitik aber glänzt er nicht durch neue Akzente. Der entscheidende Schritt von hehren Absichten zu Aktionen mit quantifizierbaren Stufenzielen bleibt (noch) aus.

Dennoch will die Kanzlerin bei der UNO-Generaldebatte Ende September nach eigenen Worten mit gutem Beispiel in Umsetzung und Transparenz vorangehen. Letzteres mag zutreffen, die Umsetzung aber läuft zögerlich an.

MEHR FINANZIELLEN EHRGEIZ!

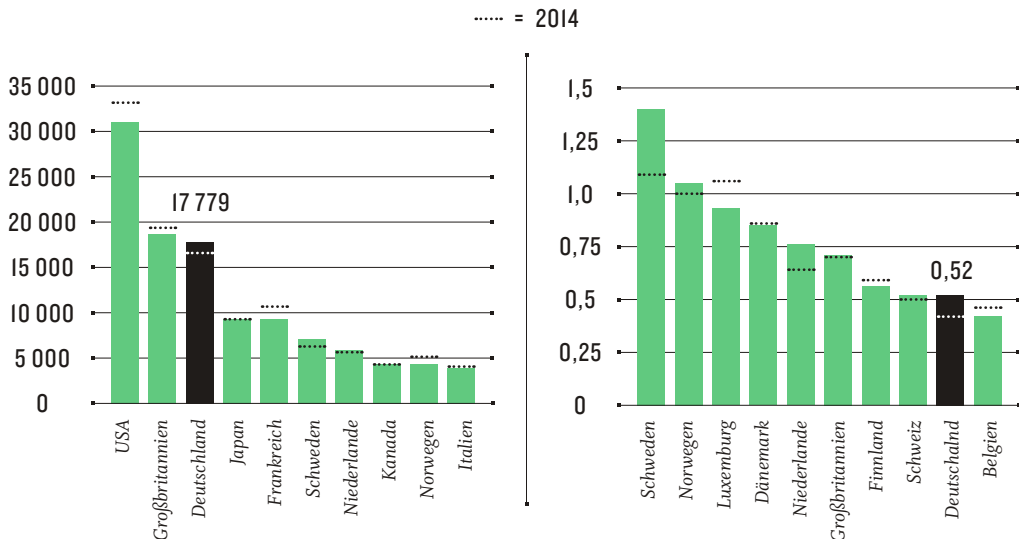
So hätte die Regierung bereits den Haushaltsentwurf 2017 für einen ehrgeizigen Aufschlag nutzen können. Betrachtet man die geplanten Ausgaben des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), so stehen dem knapp 8 Milliarden Euro zu.⁽²⁾ Das sind rund 580 Millionen Euro mehr als 2016. Die Steigerung fällt mit 7,8 Prozent aber weit bescheidener aus als im Vorjahr. Ein weiterer Schatten: In den Jahren bis 2020 sind mittelfristig keine Mehrausgaben geplant.⁽³⁾

Damit verpufft erneut die Forderung von Zivilgesellschaft und Opposition, bis 2020 jährlich bis zu 1,5 Milliarden Euro draufzulegen. Dafür haben sich der Dachverband Entwicklungspolitik VENRO⁽⁴⁾ und die Grünen im Bundestag⁽⁵⁾ starkgemacht und so die Glaubwürdigkeit der Regierung herausgefordert.

Statt Stufen zu planen auf dem „Weg zum Ziel“, hält diese sich an die vage EU-Position, das Ausgabenziel für staatliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) im „Zeithorizont der Post-2015-Agen-

ABB. 01: TOP 10 DER GEBERSTAATEN IM ENTWICKLUNGSAUSSCHUSS DER OECD (DAC)

Links: Staatliche Entwicklungshilfe (ODA) 2015 (vorläufig), Beitrag in Mio. \$, laufend, netto.
Rechts: Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) in Prozent. Quelle: OECD; Stand: 13. April 2016



da“ zu erreichen. Das ist enttäuschend – zumal das Versprechen seit den 70er-Jahren erst auf 2015, dann auf 2020 und nun „bis 2030“ verschoben wird.

Hinzu kommt, dass Deutschland sich seine Entwicklungsleistung zunehmend schönrechnet. Für 2015 ergibt sich eine Gesamt-ODA von 16 Milliarden Euro und damit ein Anstieg der ODA-Quote von 0,42 auf 0,52 Prozent – mit dem Deutschland

auf Rang neun der westlichen Geber vorrückt (Abb. 01).⁽⁶⁾ Der Sprung gelingt jedoch im Wesentlichen, weil die Kosten für Geflüchtete im Inland jetzt in viel stärkerem Maße als Entwicklungshilfe deklariert werden.

Um 2,7 Milliarden Euro bläht das die ODA künstlich auf. Ein Betrag, der ungefähr der jährlichen ODA für Afrika oder die ärmsten Länder entspricht (Abb. 02). Die Regierung rechnete 17,5-Mal so viele Aufwendungen an wie im Vorjahr, während die Zahl anerkannter Geflüchteter sich „lediglich“ vervierfachte. Damit ist sich Deutschland selbst der größte Geber. Der BMZ-Etat macht nur noch knapp die Hälfte der ODA aus (Abb. 03).

Bisher nahm die Regierung sich zur Regel, nur die Grundversorgung anerkannter Asylbewerber im ersten Jahr einzurechnen. Nun wird ausgeschöpft, was im Kreis der OECD-Geber erlaubt ist: So steigern die EU-Staaten ihre ODA-Aufwendungen im Vergleich zu den anderen DAC-Staaten im Wesentlichen aufgrund höherer Kosten für Geflüchtete im Inland. Deutschland ist in der Europäischen Union also leider in schlechter Gesellschaft (Abb. 04).

VERENGTER BLICK IM KRISENMODUS

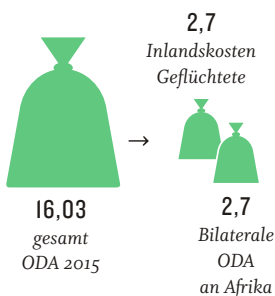
Auch forthin prägt die Flüchtlingskrise die Ausgabenplanung des BMZ. Schon im laufenden Jahr (Abb. 05, S.08) fließt der allergrößte Teil der Mehrausgaben (850 Millionen Euro) in Herkunfts- und Aufnahmeländer. Für 2017 sind nun – neben humanitärer Nothilfe – 345 Millionen Euro für die Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen, Geflüchtete reintegrieren“ veranschlagt sowie 70 Millionen Euro zur „Stabilisierung und Entwicklung Nordafrika-Nahost“.⁽⁷⁾

Im Fokus sind dabei vor allem die Nachbarn Syriens, der Jemen, Nord- und Westafrika, Sudan und das Horn von Afrika. Auch der Westbalkan, die Ukraine, Afghanistan und Pakistan fallen darunter. Geflüchteten soll innerhalb und außerhalb von Aufnahmelagern eine menschenwürdigere Infrastruktur und Beschäftigung (Cash-for-Work-Programme) ermöglicht werden, potenziellen Heimkehrern Fähigkeiten für den Wiederaufbau.

Insgesamt kommt laut Entwicklungsminister Gerd Müller in der Le-

ABB. 02: EMPFÄNGER DER EIGENEN ENTWICKLUNGSHILFE

Deutsche ODA in Mrd. €, vorläufig.
Quelle: OECD



gislaturperiode für die Bekämpfung struktureller Fluchtursachen und Flüchtlingshilfe ein Paket von 12 Milliarden Euro zusammen. Dafür ernennt er Lob, aber auch die Kritik, dass Entwicklungszusammenarbeit missbraucht wird, um Migrationsströme zu steuern und abzuwehren.⁽⁸⁾

In jedem Fall sind Feuerwehreinsätze kein Ersatz dafür, tieferliegende Gründe von Hunger und Konflikten zu überwinden, die Menschen vertreiben. So notwendig ein ambitioniertes Engagement für bessere Lebensbedingungen Geflüchteter auch bleibt, so überfällig ist es auch, vom Krisenmodus wieder umzuschalten: auf planvoller angelegte, langfristige Ansätze dort, wo rechtsstaatliche Strukturen und wirtschaftliche Teilhabe im Argen liegen.

Denn gegenwärtig entsteht eine Schieflage. Die Mittel für die ärmsten und fragilen Länder stagnieren, während das inflationäre Etikett

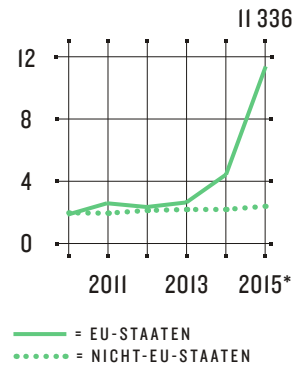
„Fluchtursachen bekämpfen“ mehr verspricht, als es halten kann. Es ersetzt nicht eine intensivere Auseinandersetzung mit der Heimat der bisherigen Verlierer der Millenniumsziele. Eben der Zurückgelassenen.

BLINDE FLECKEN WERDEN VERNACHLÄSSIGT

In ihrer jüngsten ODA-Evaluierung der deutschen Entwicklungspolitik hatte die OECD 2015 bemängelt, Deutschland schenke gerade der Ländergruppe der ärmsten und fragilen Staaten zwar politische höchste Aufmerksamkeit. Deren Anteil an Mitteln der bilateralen Zusammenarbeit aber sinke, statt zu steigen (Abb. 06 und 07).⁽¹⁰⁾ Dabei haben die Industrieländer sich verpflichtet, den Abwärtstrend umzukehren. Trotz der Ermahnung ist eine deutsche Kurskorrektur nicht in Sicht.

ABB. 04: RECHENKÜNSTE

EU-Staaten rechnen sich zunehmend heimische Kosten für aufgenommene Geflüchtete als ODA an, in Mrd. \$, konstant, DAC-Staaten EU und Nicht-EU, *vorläufig.



Zu den bedürftigsten Staaten gehören auch sechs der Hauptherkunfts- und Aufnahmeländer von Geflüchteten: Afghanistan, Eritrea, Jemen, Somalia, Sudan und Südsudan. Es sind viele schwierige Staaten darunter, aber nicht nur. Die Zusammenarbeit mit autoritären Regimen ist umstritten. Aber gerade hier gewinnt die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure an Bedeutung.

Die Regierungen aller Länder haben das anerkannt und sich mehrfach verpflichtet, ein „förderndes Umfeld für das Agieren der Zivilgesellschaft“ zu schaffen. Während dies im Jahr eins der Agenda 2030 immer dringlicher wird, schränken Gesetze in mehr als 100 Ländern den Handlungsspielraum zunehmend ein. Deutschland muss im Vorsitz der G20-Industrie- und Schwellenländer hier ein Zeichen setzen, gesellschaftliche Teilhabe zu fordern und zu fördern.

Mit nichtstaatlichen Organisationen läuft auch hierzulande nicht alles rund. So empfahl die OECD dem BMZ bereits 2010, „einen strategischen Ansatz für seine Beziehungen mit Nichtregierungsorganisationen auszuarbeiten“, ⁽⁹⁾ und 2015 erneut, Mikromanagement bei Planung und Verwaltung vieler Einzelprojekte

ABB. 03: WER STEUERTE 2014 WIE VIEL ZUR DEUTSCHEN ODA BEI?

Mittelherkunft 2014 bi- und multilateral, netto in Mio €. Quelle: BMZ, Stand: 17. Dezember 2015

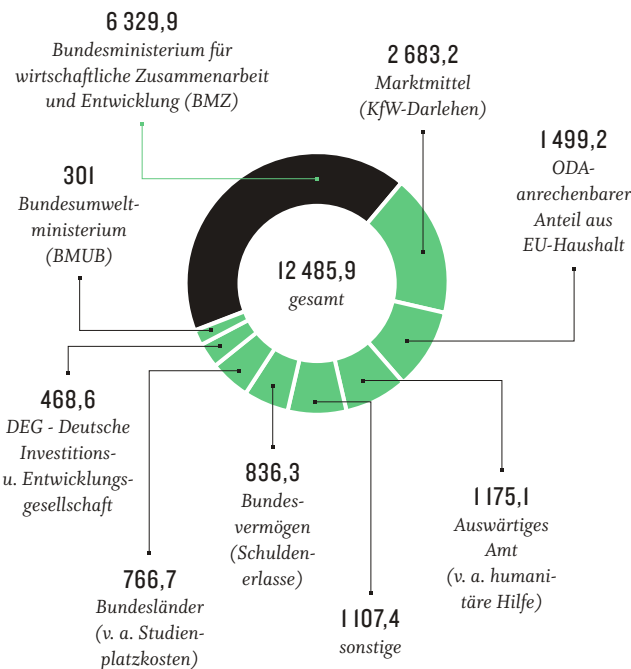
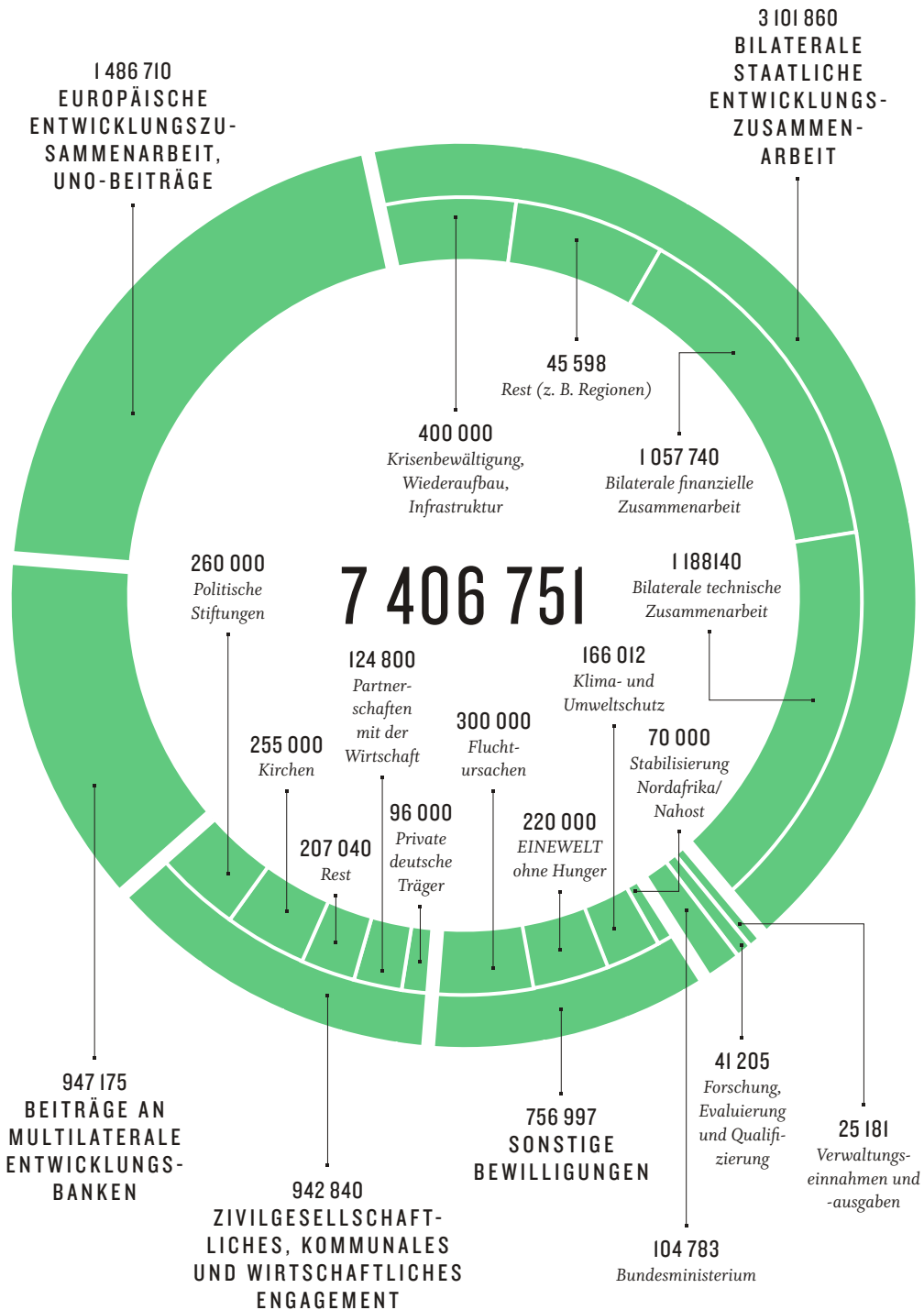


ABB. 05: BUNDESHAUSHALT 2016

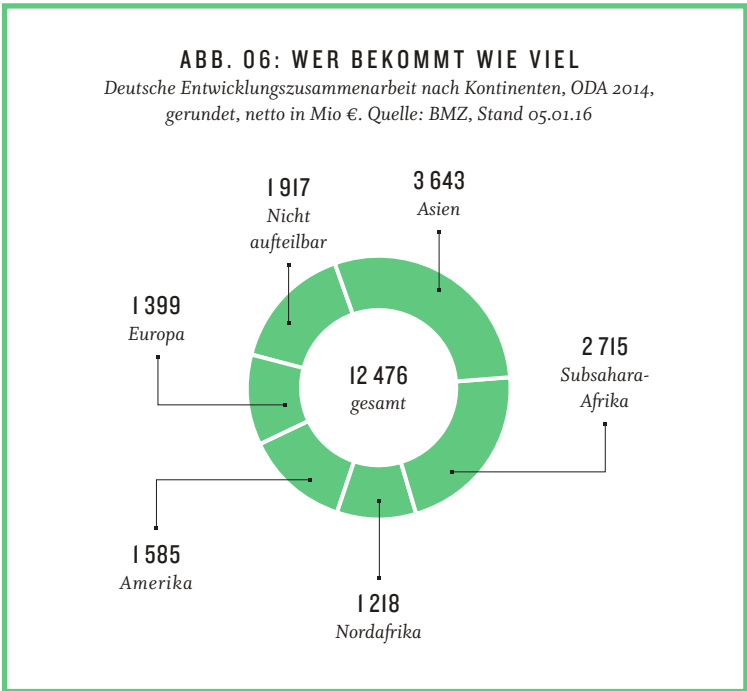
Einzelplan Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
in Tsd.€. Quelle: bundeshaushalt-info.de



durch Programmfinanzierungen zu ersetzen.⁽¹⁰⁾ Das senke Transaktionskosten, und die NRO könnten sich auf das Wesentliche konzentrieren: Friedens- und Entwicklungsarbeit mit ihren Partnern vor Ort – in teilweise hochsensiblen Lagen.

SONDERINITIATIVE FOKUSSIEREN

Auch in der ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung war es Müllers Ziel, vom Gießkannenprinzip für vielfältige Einzelprojekte abzugehen. Laut BMZ gibt Deutschland hierfür 2015 und 2016 je 1,4 Milliarden Euro aus. Die Sonderinitiative EINEWELT ohne Hunger, die auch langfristig diesen Schwerpunkt setzen will, ist zu begrüßen. Ihre Zielländer sind mit Ausnahme von Indien, Tunesien und Ghana allesamt ärmste und fragile Staaten. Aber ihr Fokus richtet sich nicht konsequent auf die Hungernden und Ärmsten aus. Starker politischer Wille führte zu übereilter Planung; die gründliche Ursachenanalyse von Hunger und Unterernährung in den einzelnen Ländern kam zu kurz. Lokale zivilge-



sellschaftliche Organisationen waren nur ungenügend beteiligt. Auch dadurch leiden die Einbettung in nationale Ernährungsstrategien und die Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse – und damit auch die Ownership. Eigentlich längst überwunden geglaubte Defizite.

In der Folge bleibt die Initiative in ihren Wirkungen und vermutlich auch der Nachhaltigkeit hinter dem Möglichen zurück. Immerhin lobenswert ist die Dialogbereitschaft des BMZ und sein Wille, Kritik und Anregungen für Verbesserungen zu nutzen (s. hierzu auch S. 16 f).

**ABB. 07: DEUTSCHE STAATLICHE
ENTWICKLUNGSHILFE (ODA) AN LEAST DEVELOPED COUNTRIES (LDC)**
netto in Mio. €, *vorläufig, Quelle: OECD

	2010	2011	2012	2013	2014	2015*
LDC ZUSAMMEN	2 757,6	2 643,3	2 861,3	2 536,8	2 889,1	K. A.
ODA GESAMT	9 803,9	10 135,6	10 066,9	10 716,7	12 485,9	16 030,0
ANTEIL LDC AN ODA	28,13	26,08	28,42	23,67	23,14	K. A.
ODA-ANTEIL LDC AM BNE IN PROZENT	0,11	0,1	0,11	0,09	0,1	K. A.
ODA-ANTEIL INGESAMT AM BNE	0,39	0,39	0,37	0,38	0,42	0,52

INKLUSION HEISST INVESTIEREN IN DIE ZURÜCKGELASSENEN

„Leave no one behind“ – niemanden zurücklassen: Das ist der Leitgedanke der Agenda 2030. Es ist auch das diesjährige Leitmotiv, unter dem die Unterzeichnerstaaten erste Weichen stellen für ihre Beiträge zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele.

Dabei müssen die Anstrengungen zielgerichteter werden und an Tempo gewinnen, um die Grundlagen für bleibende Erfolge zu legen. Es ist also ein Umsteuern geboten zugunsten der Schwächsten, zugunsten jener Gruppen, die bisher unerreichbar oder vernachlässigt blieben. Andernfalls bleiben die Ziele unerreichbar.

In Entwicklungsländern sind dies häufig Opfer von Krisen und Konflikten oder sie gehören Bevölkerungsgruppen an, die aufgrund von Geschlecht oder Herkunft in ländlichen Räumen am Rande der Gesellschaften leben. Zurück bleiben Kinder, die arbeiten, statt zu lernen, oder Jugendliche, die sich durchschlagen ohne „gute Arbeit“. Das Gebot ist einfach: Die Ärmsten und Verwundbarsten nicht abhängen, sondern sie aufschließen lassen. Der Weg dorthin ist kompliziert und nicht frei von Konflikten.

Zugleich müssen die Erwartungen an die Entwicklungspolitik realistisch bleiben. Ohne ein besseres Zusammenwirken mit Politikfeldern wie Nothilfe und Wiederaufbau, Sicherheit, Wirtschaft, Handel und Finanzen wird es nicht gehen. Zugleich sind seitens der Entwicklungs- und Schwellenländer eigene Strategien für die Teilhabe der Ausgegrenzten gefragt.

Immerhin hat sich die G20 in diesem Jahr erstmals zu inklusivem Wachstum bekannt, wenn auch noch vage.⁽¹⁾

In ihrem Bericht an das Nachhaltigkeitsforum (HLPF) der UNO vom Juli 2016 nennt die Bundesregierung ihren politischen Fokus in der Entwicklungspolitik zur Erfüllung der Ziele in fünf Punkten⁽²⁾:

- Die strukturellen Ursachen von Hunger und Mangelernährung bekämpfen und extreme Armut beenden
- Nachhaltige Zukunftschancen schaffen, besonders für Jugendliche, und Fluchtursachen bekämpfen (insbesondere mittels Bildung, Beschäftigung und Investitionen in die grüne Wirtschaft, soziale Infrastruktur und gute Staatsführung)
- Globalisierung fair gestalten, besonders durch den Einsatz für fairen Handel und nachhaltige Beschäftigung (mit Schwerpunkt auf verantwortungsvollen Lieferketten sowie sozialen und ökologischen Mindeststandards)
- Nachhaltige Entwicklung fördern im Privatsektor, bei Investitionen und der Fähigkeit der Partnerländer, ihren finanziellen Beitrag zu leisten
- Klimawandel begrenzen, Anpassung fördern und natürliche Ressourcen bewahren

Welthungerhilfe und terre des hommes können dies vorbehaltlos unterschreiben. Allerdings wollen wir im Kompass 2030 den Blick noch schärfen für relevante Felder, in de-

nen aus unserer Sicht akuterer Handlungsbedarf besteht als bisher. Sie folgen aus dem Prinzip „Leave no one behind“, zielen auf die bisher Zurückgelassenen, und zeigen auf, wie das Leitmotiv umgesetzt werden kann, um Exklusion, Marginalität und Ungleichheit abzubauen.

- 01** Umsteuern in der Flüchtlingskrise: In langfristigen Lösungen denken
- 02** Armut überwinden, wo sie verfestigt ist: Das Verhältnis zu den am wenigsten entwickelten und fragilen Staaten überprüfen
- 03** Hunger bekämpfen heißt Ernährung sichern: Strategischer an die Ursachen gehen
- 04** Chancen am Rand der Gesellschaft: Verwundbare, Kinder und Frauen nicht länger ausgrenzen
- 05** Perspektiven schaffen: Jugendliche fit machen für den Arbeitsmarkt

Um diese Schwerpunkte anzugehen, muss die Entwicklungspolitik aus ihrem Nischendasein heraustreten und andere Ministerien kraftvoller einbinden. Genug des Silodenkens: Die zielgerichtete Erfüllung der Agenda 2030 ist eine Gesamtaufgabe aller Ressorts. Sie sollte als Katalysator für stärkere Kohärenz verstanden werden (siehe S. 22).



**Felder für vorrangiges Handeln
im Jahr eins der Agenda 2030, um niemanden
zurückzulassen**

SCHON IM KRISENMODUS LANGFRISTIG DENKEN



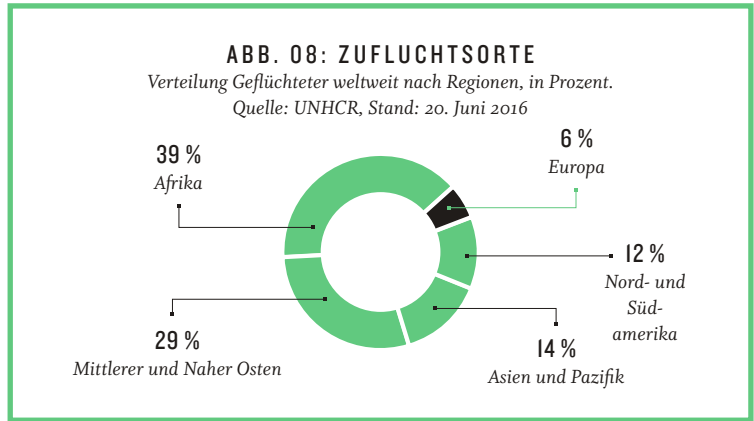
QUELLE: UNHCR, STATISTA
STAND: 20. JUNI 2016

Die Zahl der Geflüchteten hat weltweit den traurigen Rekord von 65 Millionen erreicht. Nur ein ganz geringer Anteil gelangt nach Europa. 90 Prozent leben in Entwicklungs- und Schwellenländern. Mehr als zwei Drittel überschreiten nicht einmal die Grenzen des Heimatlandes.

Im Zentrum des deutschen Engagements steht derzeit die Konfliktregion Nahost. Bis 2018 sagte Kanzlerin Angela Merkel 2,3 Milliarden Euro zur Lösung der Situation in und um das Bürgerkriegsland Syrien zu. Jeder vor Ort ausgegebene Euro habe die 50-fache Wirkung wie hierzulande, betonte Minister Gerd Müller.⁽¹⁾

Humanitäre Nothilfe sorgt in den Aufnahmелändern für das Nötigste: ein Dach über dem Kopf, Nahrung, Medikamente. Doch die Mittel des UNO-Flüchtlingswerks (UNHCR) und des Welternährungsprogramms (WFP) für Notunterkünfte sind knapp. Ohnehin leben rund 80 Prozent der Geflüchteten außerhalb von Lagern in Städten und Gemeinden.

In dieser komplexen Situation wird Entwicklungszusammenarbeit (EZ) immer stärker dafür herangezogen, den Fluchtdruck aus unwürdigen Verhältnissen zu reduzieren. Im Haushaltsentwurf 2017 sind für die Sonderinitiativen „Fluchtursachen bekämpfen“ und „Stabilisierung und Entwicklung Nordafrika-Nahost“ zusammen 415 Millionen Euro veranschlagt – 45 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Weitere 400 Millionen Euro sind (wie 2016) für „entwicklungsfördernde und strukturbildende



Übergangshilfe“ reserviert, also für Aufbau im Anschluss an Nothilfe.⁽²⁾

Aber: Nothilfe und EZ finden ihre Grenzen in Konfliktsituationen. Sie können Not und Elend lindern, aber nicht verhindern. Hier sind politische Lösungen gefragt! Dennoch darf und muss man fragen, wie das Engagement wirksamer zu gestalten ist. Reichen die Mittel? Sind Strategien und Instrumente geeignet, das Los der Geflüchteten auch langfristig zu verbessern? Wie sind lokale Verwaltungen, Zivilgesellschaft und Geflüchtete beteiligt?

01 Menschen auf der Flucht brauchen Schutz. Aber Flüchtlingslager für die Ewigkeit sind keine Lösung. Auch wenn der Grat zur Einmischung schmal ist und man auf Lager wahrscheinlich nicht ganz verzichten kann: Es ist besser, lokale Gemeinden und Verwaltungen zu fördern. Werden Geflüchtete aufgenommen und eingebunden, steigt ihre wirtschaftliche und soziale Eigenständigkeit und mit ihr die Akzeptanz in der Bevölkerung. Schul- und Cash-for-Work-Programme in Jordanien, Norirak und Türkei sind ein guter Ansatz.⁽³⁾ Um zu integrieren oder für die Heimkehr zu rüsten, muss er stärker lokal verankert werden.

02 Auswärtiges Amt (AA) und BMZ sollten sich ein gemeinsames Konzept geben und eine permanente Schnittstelle, die den nicht-ständigen Lenkungsausschuss „Bewältigung der Flüchtlingslage“ er-

setzt. Das AA ist zuständig für Stabilisierung, zivile Krisenprävention und humanitäre Hilfe, das BMZ für strukturbildende Übergangshilfe. Dass beide Stränge frühzeitig ineinandergreifen, fordert die OECD seit Jahren.

03 Der Instrumentenkasten des BMZ muss moderner und flexibler werden (s. a. S. 07). Auch hier rügt die OECD, oft sei unklar, welche Partner welche Aufgaben erhalten dürfen. Übergangshilfe ist auf zehn Länder beschränkt. Dort werden keine EZ-Projekte deutscher NRO finanziert. Den anerkannten verbundenen Ansatz aus Nothilfe, Aufbau und Entwicklung führt das ad absurdum. Gemüseanbau zur Ernährung in Haitis Norden geht nicht parallel zu Aufbau im erdbebengeschädigten Süden? Warum können für Nothilfe entwickelte Cash Cards nicht auch in Entwicklungsvorhaben eingesetzt werden?

04 Deutschlands international anerkannte Kompetenzen für zivile Krisenbewältigung und -prävention können stärker genutzt werden, um international mehr Kohärenz und Übereinstimmung herzustellen. Die im Anschluss an den Aktionsplan von 2004 für 2017 geplanten neuen Leitlinien⁽⁴⁾ sind die Chance, sie außenpolitisch stärker zu verankern. Welt-hungerhilfe und terre des hommes wünschen sich auch für Krisengebiete langfristig angelegte Kooperationen sowie Investitionen in Friedens- und Versöhnungsarbeit. Denn die gelingt nicht in kurzatmigen Projekten.

12,6
MILLIONEN MENSCHEN
MÜSSEN JÄHRLICH FLIEHEN.
DAS ENTSPRICHT DER
EINWOHNERZAHL VON GANZ
BAYERN

ÄRMSTE UND FRAGILE STAATEN NICHT VERGESSEN

Im Jahr 2015 lebten nach Schätzungen der Weltbank weltweit 700 Millionen Menschen in extremer Armut von weniger als 1,90 US-Dollar/Tag. Das sind knapp zehn Prozent der Weltbevölkerung. Bei gleichbleibendem Wirtschaftsverlauf werde dieser Anteil bis 2030 auf 4,2 Prozent sinken – wobei in Afrika noch jeder Fünfte, in Lateinamerika jeder Vierte und in Südasien noch Einer von Hun-

dert arm sein werde. Damit werden anteilig die meisten Armen in Afrika leben. (Abb. 10).⁽¹⁾

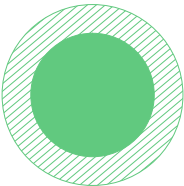
Doch andere Prognosen zeigen weniger Zuversicht. Sie schwanken zwischen 250 Millionen und einer Milliarde Armen, bemerkt eine Studie, die im Auftrag des BMZ auch absehbare Verschiebungen in der Geographie der Armut untersucht hat.⁽²⁾ Ausgehend von rückläufiger Weltkonjunktur projiziert sie rund 500 Millionen einkommensarme Menschen bis 2025 – davon 293 Millionen in Afrika, 140 Millionen in Indien und etwa 60 Millionen in Ostasien, Lateinamerika und Nordafrika/Nahost.

Auch in Afrika werden im Verhältnis weniger Arme leben, in der Menge wegen anhaltend hoher Geburtenraten aber mehr. Folgt man der o. g. Prognose, werden sieben der zehn Länder mit den meisten Armen afrikanisch sein (Abb. 09). Sie alle gehören heute zur Gruppe der ärmsten Länder, den am wenigsten entwickelten (LDC) und den mit niedrigsten Einkommen (LIC). Oder sie sind fragil und konfliktanfällig, wie Nigeria (Abb. 11).

Diese Ländergruppe läuft Gefahr, zurückgelassen zu werden. Anders als etwa Indien, ein Land mittleren Einkommens mit anhaltend hoher Armut, wird sie in absehbarer Zeit von Zuschüssen und hochsubventionierten Darlehen abhängig bleiben. Die Länder bestreiten damit im Schnitt mehr als die Hälfte ihrer Staatsein-

ABB. 10: EIN WEITER WEG

Anteil extrem Armer an der Bevölkerung, Stand 2012 und Prognose 2030, bei gleichbleibendem Wirtschaftsverlauf. Quelle: Weltbank Blog mit povertydata.worldbank.org



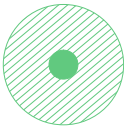
42,7 → 20,1

Subsahara-Afrika



5,6 → 4,1

Lateinamerika



18,8 → 1,11

Südasien

**ABB. 09:
DIE 10 LÄNDER MIT DEN
MEISTEN EXTREM ARMEN**

Prognose für 2025, in Mio. Menschen.

Quelle: DIE, Briefing Paper 15/2015
Garroway + Reisen

INDIEN	141,7
DR KONGO	64,1
NIGERIA	62,3
TANSANIA	24,1
MADAGASKAR	23,0
INDONESIEN	19,6
KENIA	14,7
SAMBIA	13,9
PAKISTAN	9,9
UGANDA	9,8
32 ANDERE	123,2

nahmen. Als kleine Märkte ziehen sie wenig Auslandsinvestitionen an. 34 der LDC sind in Afrika, zehn in Asien, darunter Afghanistan.

Vieles spricht also dafür, mit diesen Ländern Extra-Anstrengungen zu vereinbaren, mit denen die aus vielerlei Gründen verfestigte Armut zu

ABB. 11: ARM, UNTERENTWICKELT UND FRAGIL

Die bedürftigsten Länder gehören mehreren Kategorien an.



deutscher ODA wären 8 Milliarden Euro, der komplette BMZ-Haushalt 2017. Wo möglich, kann multilateral gebündelt werden, etwa bei den Entwicklungsbanken für Afrika und Asien, die für die ärmsten Länder mit geringer Kreditwürdigkeit Entwicklungsfonds aufgelegt haben und Unterstützung für die Privatwirtschaft besser zuschneiden wollen. ⁽⁵⁾

03 Kapitalflucht bekämpfen: Entwicklungsländer hätten sich eine stärkere Offenlegungspflicht für Ergebnisse internationaler Konzerne gewünscht, als sie von Deutschland und der OECD derzeit beschlossen wird. ⁽⁶⁾ Nun sollte die Bundesregierung zumindest alles tun, um arme Länder zur Teilnahme an dem komplexen Informationsaustausch von Steuerverwaltungen zu befähigen.

04 Eigeneinnahmen stärken: Schwache Staaten sind aufgrund ineffizienter Verwaltung häufig unfähig, Steuern einzutreiben. Ruanda, Senegal, Kamerun und Elfenbeinküste haben ihre Einnahmen zuletzt gesteigert. Die BMZ-Programme für „Good Financial Governance“, die Finanzsysteme reformieren helfen, sollten daher nicht nur – wie angekündigt – verdoppelt, sondern den Partnerländern systematischer im Rahmen von Regierungsverhandlungen angeboten werden.

überwinden ist. Aber: Seit 2010 sank der deutsche ODA-Anteil für LDC von 28 Prozent auf 23 Prozent. Im Schnitt waren das bis 2014 rund 2,74 Milliarden Euro (Abb. 12, OECD-Daten in Dollar, für 2015 liegen noch keine Zahlen vor). Für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit heißt das aus unserer Sicht:

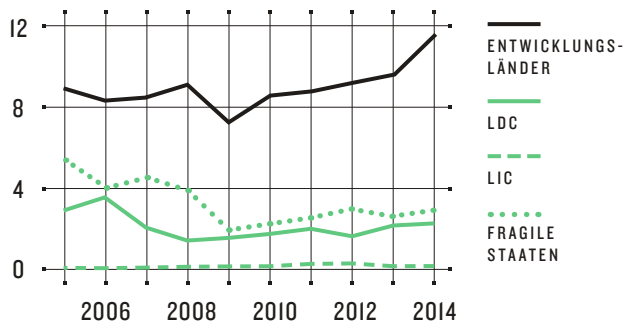
01 Das 2015 unter deutscher G7-Präsidentschaft gemachte Versprechen einlösen, „den Rückgang öffentlicher Entwicklungsleistungen für die am wenigsten entwickelten Länder umzukehren“, und aufstocken. ⁽³⁾ Um die Lücke zu der bei der Finanzierungskonferenz von Addis Abeba gesteckten EU-Marke von 0,15 Prozent des BNE zu schließen, müssten die Mittel nahezu verdoppelt werden. ⁽⁴⁾

02 Mit anderen abstimmen: Die USA lenken bereits um

in die bedürftigsten Länder. Großbritannien will künftig 50 Prozent seiner Entwicklungsausgaben in fragile und krisenanfällige Regionen mit schwacher Staatlichkeit und hoher Ungleichheit investieren. Die Hälfte

ABB. 12: ÄRMSTE LÄNDER ABGEHÄNGT

Nettoflüsse deutsche ODA in Mrd. \$, zugeordnet nach Ländergruppen, in konstanten Preisen. Quelle: OECD



HUNGER BEKÄMPFEN, WO ER CHRONISCH IST

Noch immer hungern weltweit knapp 800 Millionen Menschen. Zwei Milliarden Menschen mangelt es an Nährstoffen; sie leiden unter „verstecktem Hunger“. In der Folge sind 165 Millionen Kinder körperlich wie geistig in der Entwicklung eingeschränkt. Das Nachhaltigkeitsziel Nr. 2 sieht vor, Hunger und Mangelernährung bis 2030 zu überwinden.

Um „niemanden zurückzulassen“, sollen vor allem die landwirtschaftliche Produktivität und die Einkommen kleiner Nahrungsmittelherzeuger verdoppelt werden. Aber: die bisherigen Ansätze und Mittel reichen bei weitem nicht aus, um die Chancen der mit Hunger zurückgelassenen zu verbessern. Das Tempo der Reduzierung müsste sich verdreifachen. Zugleich sind diese Menschen schwieriger zu erreichen (Abb. 13 und 14).

Deutschland misst der ländlichen Entwicklung seit einigen Jahren wieder einen höheren Stellenwert bei. Auch die Gipfelerklärung der G7 verankerte 2015 die Verpflichtung, 500 Millionen Menschen von Hunger und Fehlernährung zu befreien und Kleinbauern zu fördern.⁽¹⁾ Bisher ist die Zusage wenig belastbar, da weder der Weg dahin noch die Finanzierung aufgezeigt sind.

Doch setzt die Regierung jährlich mehr als eine Milliarde Euro gegen Hunger und Fehlernährung und für das Recht auf Nahrung ein. Zentraler Bestandteil ist die Sonderinitiative „EINEWELT ohne Hunger“ (SEWOH) mit den Aktionsfeldern Ernährungssicherung, Resilienz, Innovation, Strukturwandel, Bodenschutz und Landpolitik. Im laufenden Haushalt sind dafür 220 Millionen Euro einge-

stellt, im Haushaltsentwurf 2017 ein Soll von 245 Millionen Euro.

Auch die Rechte angestammter Bevölkerungsgruppen gegenüber großflächigen Agrarinvestitionen sind der Regierung ein Anliegen. Sie setzte sich für die Umsetzung freiwilliger UNO-Leitlinien (Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure/VGGT) ein, die Landraub entgegenwirken sollen. Allerdings wird auch Kritik geübt, sie mahne deren Einhaltung zu wenig an, etwa im Partnerland Äthiopien, wo Nichtregierungsorganisationen aufgrund von Menschenrechtsverstößen und Vertreibungen Alarm schlagen. In vieler Hinsicht muss die Regierung konsequenter sein, um die Wirkung ihrer durchaus ambitionierten Bemühungen bei den Benachteiligten zu erhöhen.

Über die Sonderinitiative muss übersichtlicher und transparenter berichtet werden. Die von der

OECD in ihrer Prüfung deutscher Entwicklungspolitik 2015 bemängelte Unklarheit, wie die Mittel zweckmäßig und planvoll ausgegeben werden, ist nicht beseitigt. Wir fordern eine öffentlich zugängliche jährliche Bilanz, aus der ein Mehrwert gegenüber laufenden Projekten erkennbar ist, sowie einen mehrjährigen programmatischen Ausblick, der für Qualität bürgt. Auch eine unabhängige Evaluierung der Initiative kann ihre Wirksamkeit verbessern und dazu beitragen, dass sie politische Priorität und finanzielles Gewicht behält – auch nach den Bundestagswahlen.

02 Statt tatsächlich kleine Familienbetriebe in den Mittelpunkt zu stellen, zielt ein Großteil der Mittel auf „grüne Innovationszentren“ ab. Diese „Leuchtturmprojekte“ in 13 Ländern fördern den Nord-Süd Transfer von Know-how, nicht aber den Austausch zwischen diesen Ländern. Wenn

ABB. 13: CHRONISCHER HUNGER IST SCHWER ZU BESIEGEN

Unterernährung in Entwicklungsländern, Anteil an der Weltbevölkerung, Prognose, bei gleichbleibendem Trend bleibt das Ziel bis 2030 unerreichbar.
Quelle: FAO, State of Food Insecurity (2015)

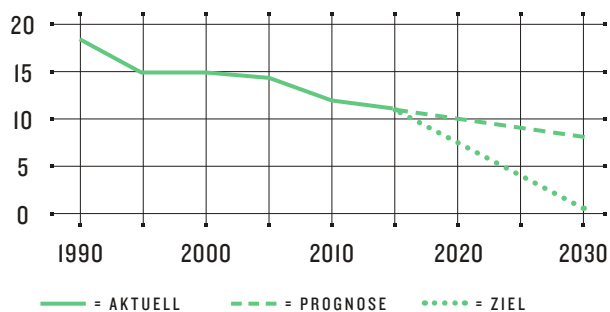
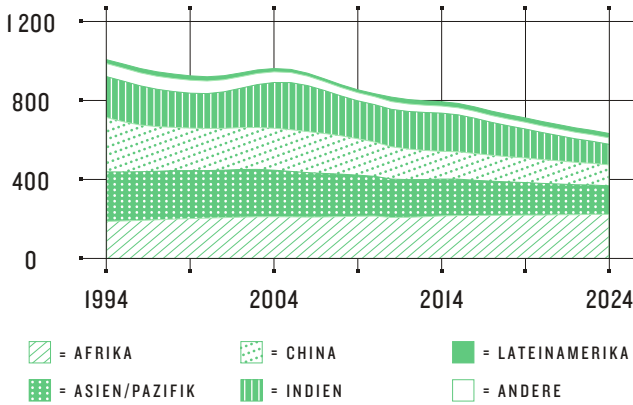


ABB. 14: IN SUBSAHARA-AFRIKA HÄLT SICH DER HUNGER HARTNÄCKIG

An Unterernährung leidende Menschen nach Regionen, Projektion in Mio. Menschen bei gleichbleibenden Entwicklungen. Quelle: OECD-FAO AGRICULTURAL OUTLOOK 2016-2025, Seite 34



lokale Produktionssysteme und -mittel – wie etwa Ölpresen oder einachsige Traktoren – bekannter werden, stärkt das innerafrikanische Wirtschaftskreisläufe und damit Ernährungssicherheit. Deutsche Unternehmen sollten nur dann eingebunden werden, wenn Lösungen vor Ort fehlen, oder wenn ihr Wissenstransfer kleinbäuerliche Innovationskraft stärkt.

03 Es ist auch unverständlich, warum die Förderung von Strategien zur Ernährungssicherung nicht Kern der Initiative ist. Dabei wird stets betont, wie relevant, ja sogar ausschlaggebend nationale Politiken und gute Regierungsführung sind, will Entwicklungszusammenarbeit hier etwas bewirken. ⁽²⁾

04 Land ist Leben. In den von Landraub betroffenen Ländern darf die Regierung nicht nachlassen, auf Institutionen und Rechte zu drängen, die Opfern eine Stimme geben. Zivilgesellschaftliche und gemeindebasierte Organisationen fordern Mitgestaltung bei Investitionsvorhaben und verdienen mehr Unterstützung, wenn sie sich gegenüber vermeintlich übergeordneten wirtschaftlichen Interessen für eine

gerechte Verteilung von Landtiteln und die Zuerkennung von Gemeinschaftsbesitz einsetzen (Abb. 15).

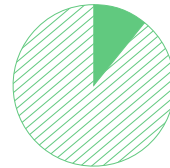
05 Hierzulande müssen Folgeabschätzungen mögliche negative Auswirkungen auf die Ernährungssicherung im globalen Süden künftig prüfen. Das betrifft Außenhandels-, Agrar-, Rohstoff-, Energie- und Finanzpolitik gleichermaßen (s. a. Kohärenz S. 22ff). So kann unser Flächenverbrauch das Menschenrecht auf Nahrung verletzen: Um seinen Bedarf an Agrarprodukten zu decken, nimmt Deutschland geschätzt knapp 80 Millionen Hektar im Ausland in Anspruch – fast fünfmal die innerdeutsche Agrarfläche. ⁽³⁾

500
MILLIONEN KLEINBAUERN
WELTWEIT SIND LANDLOS, DIE
MEISTEN VON IHNEN
SIND AUCH UNTERERNÄHRT

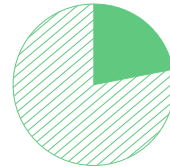
ABB. 15: LAND UND LEBEN

Frauen sind bei Landeigentum benachteiligt, Beispiele aus Lateinamerika für die Verteilung von Besitzrechten in Prozent. Quelle: Bodenatlas 2015

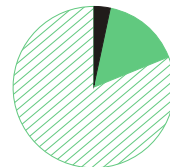
MÄNNER FRAUEN PAARE



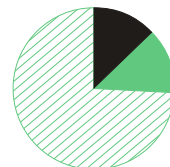
BRASIL



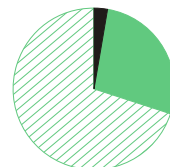
MEXIKO



NICARAGUA



PERU



PARAGUAY

VERWUNDBARE GRUPPEN, FRAUEN UND KINDER MITNEHMEN

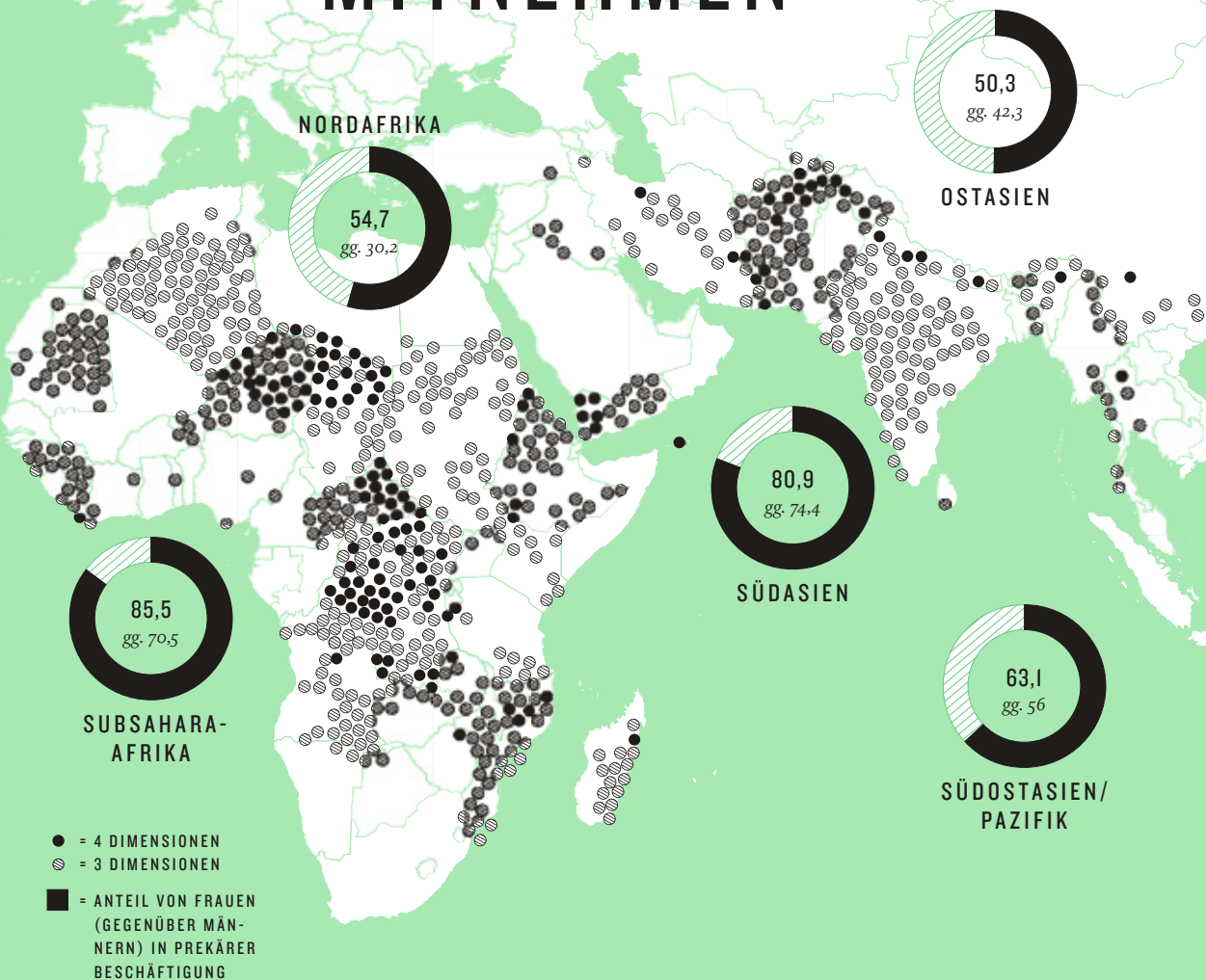


ABB.16: HOTSPOTS DER MARGINALITÄT

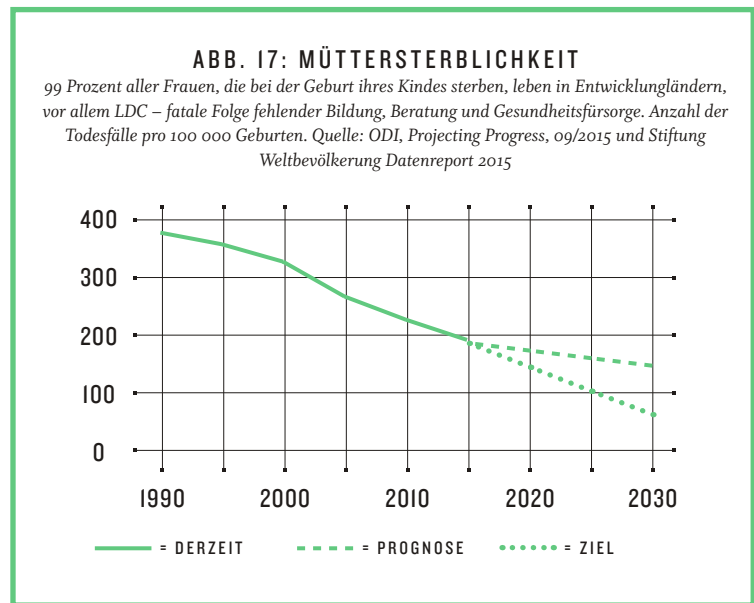
Regionen, in denen sich drei oder mehr der Ausschlussdimensionen Wirtschaft, Gesundheit, Infrastruktur, Ökologie, Governance überlappen. Quelle: Mapping Marginality Hotspots, Valerie Graw und Christine Husmann, Kapitel in Marginality, Mapping the Nexus of Poverty, Exclusion and Ecology, Editors: Joachim von Braun, Franz W. Gatzweiler, unwomen.org/en/what-we-do/economic-empowerment/facts-and-figures#notes

Bildung ist die Basis aller Entwicklung. Bildung für Mädchen und Frauen hält die Weltbank für die einflussreichste Einzelinvestition in Entwicklungsländern. Immer noch sind knapp zwei Drittel aller 780 Millionen Analphabeten Frauen. In Afrika bleibt fast jedem vierten Mädchen der Schulbesuch verwehrt, der höchste Anteil weltweit. ⁽¹⁾⁽²⁾ Das Millenniumsziel, allen Kindern eine Grundschulbildung zu ermöglichen, wurde verfehlt und auf 2030 verschoben.

Ein Grund dafür mag sein, dass der Radar die Benachteiligten an den Rändern der Gesellschaften nicht erreichte. Dort ist Bildung nur eine der Entwicklungsdimensionen, bei denen indigene Völker, ethnische Minderheiten, Behinderte und andere diskriminierte und marginalisierte Gruppen erschreckend schlecht abschneiden: Diese Schichten haben nur begrenzten Zugang zu Land, Wasser, Märkten, Bildung und zum Gesundheitswesen. Ihre Kinder sind häufiger chronisch unternährt, die Müttersterblichkeit liegt über dem Durchschnitt aller Entwicklungsländer (Abb. 17).

Das Konzept „Marginalität“ und damit der Verwundbarkeit geht also über die rein materielle Definition von Armut hinaus (Abb. 16). ⁽³⁾ Oft lässt sie sich konkret verorten, in unerschlossener kleinstädtischer Umgebung, selbst in Ländern, die wohlhabender geworden sind. Wie in Peru, das mit einem mittleren Pro-Kopf-Einkommen von fast 10 000 Dollar pro Jahr im Index der menschlichen Entwicklung (HDI) fast ein Viertel schlechter abschneidet, wird der Faktor Ungleichheit eingerechnet. ⁽⁴⁾ Statt 14 Prozent im Schnitt ist im ärmsten Fünftel der Bevölkerung jedes dritte Kind unterernährt – der Wert von Subsahara-Afrika.

Gleichermaßen ist anzunehmen, dass viele der noch 263 Millionen Kinder, die im Grundschulalter nicht Lesen, Schreiben und Rechnen lernen, zu diesen marginalisierten Gruppen gehören: arbeitende Kinder und Schulabbrecher. Häufig sind es Frauen in ländlichen Räumen, die zu viele Hürden davon abhalten, sich



mit einem eigenen Stück Land oder regelmäßiger Beschäftigung wirtschaftlich zu entwickeln (Abb. 16).

Deutschland muss die ausgeschlossenen Menschen in Entwicklungsprozesse integrieren. Die Weltbank hat erkannt, dass für ein Ende von Armut die ärmsten 40 Prozent nicht „zurückgelassen“ werden dürfen. ⁽⁵⁾ Bei uns hat die Debatte erst begonnen. ⁽⁶⁾

01 Zuerst bedarf es des politischen Willens der Regierungen vor Ort und der Geber, bisherige Programme jenseits von vorherrschendem Silodenken kritisch zu überprüfen. Marginalität und die betroffenen sozialen Gruppen müssen in ihrer Komplexität erfasst werden. Länder- und Sektoranalysen, die Projektplanungen zugrunde liegen, sollten dann alle Dimensionen und ihre Schnittmengen identifizieren sowie nach Gruppen Lösungsansätze priorisieren.

02 Über den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und Transferleistungen für besonders Verwundbare wird viel diskutiert, ohne auf der politischen Tagesordnung je Prominenz zu erlangen. Deutschland kann hier im Einvernehmen mit NRO vorangehen, seine Erfahrung in Konzeption und Umsetzung um ein Vielfaches einbringen.

03 Gleichermaßen sollte es Partnerländer dabei unterstützen, die Schwächen ihrer Bildungssysteme abzubauen, damit die bislang Ausgegrenzten eine Zukunftschance bekommen. Trotz Bildungsausgaben von rund 1,3 Milliarden Euro pro Jahr entfallen auf Grundbildung nur 125 Millionen Euro im Schnitt der letzten Jahre.

04 Frauen produzieren weltweit die Hälfte aller Nahrungsmittel und besitzen dennoch weniger als 20 Prozent der Landtitel. Die Regierung nennt als einen Baustein ihres Aktionsplans zur Gleichberechtigung der Geschlechter für 2016 nur Uganda, Peru und Benin, wo der Anteil von Frauen mit formal anerkannten Landtiteln um 20–50 Prozent erhöht werden soll ⁽⁷⁾ Drei Länder sind aber viel zu wenig.

05 Derselbe Aktionsplan soll in diesem Jahr ermitteln, wie viele Frauen und Mädchen durch eigene Programme in Entwicklungsländern beruflich qualifiziert wurden. Denn die G7 sagten in Elmau zu, diese Zahl bis 2030 um 30 Prozent zu steigern. Solange unklar ist, wo man beginnt, darf durchaus schon durchgestartet werden.

JUGEND FIT MACHEN FÜR GUTE JOBS

Beschäftigung ist der beste Weg aus der Armut. Ziel 8 der UNO-Nachhaltigkeitsziele hebt die Förderung von inklusivem Wirtschaftswachstum, produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle hervor. Die schwächste Position auf den Arbeitsmärkten haben Jugendliche und Frauen. Ihr Potenzial stärker und nachhaltiger zu nutzen, ist eine Schlüsselaufgabe, um „niemanden zurückzulassen“.

In Afrika, Asien und Lateinamerika leben mehr als eine Milliarde Jugendliche zwischen 15 und 24

Jahren.⁽¹⁾ Ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren in Ost- und Südasiens, aber vor allem in Afrika südlich der Sahara (SSA), im zweistelligen Millionenbereich gestiegen. Jeder fünfte ist jung – und oft perspektivlos.

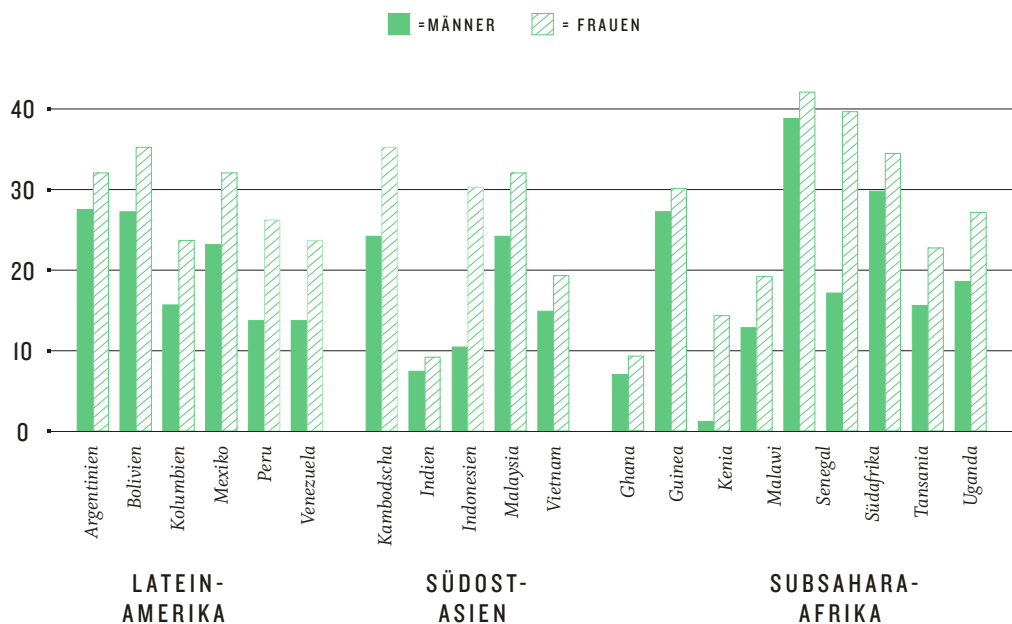
Den höchsten Anteil Jugendlicher an der arbeitsfähigen Bevölkerung weist mit 37 Prozent Afrika auf. Jeder dritte Jugendliche geht dort weder einer Beschäftigung noch (Aus-) Bildung nach (Abb. 18).⁽²⁾ Arbeitslosenraten sind niedriger, sagen aber wenig aus, weil die meisten Jugendlichen sich im informellen Sektor

durchschlagen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet, dass bis 2035 jährlich 18 Millionen afrikanische Jugendliche auf den Arbeitsmarkt drängen.⁽³⁾ In seinem Wirtschaftsausblick 2015 fordert er dringend politische Programme für Investitionen in Bildung und Jobs.

Weltweit besuchen mehr als 70 Millionen Jugendliche bis 16 Jahre keine weiterführende Schule. Selbst wer studiert, findet häufig keinen hochwertigen Arbeitsplatz, weil es den nicht gibt oder am Bedarf vorbei qualifiziert wird. Als Brücke bietet

ABB. 18: ARBEITSLOSENQUOTE IST NICHT DAS RECHTE MASS

Anteil Jugendlicher von 15 bis 24 Jahren, nach Geschlecht in ausgewählten Ländern, die weder in Beschäftigung, Bildung noch Ausbildung stehen (NEETs), in Prozent. Quelle: Assaad Levison *Employment for Youth Research Paper for High Level Panel on the Post-2015-Agenda-Development*, Assaad & Levison, Mai 2013



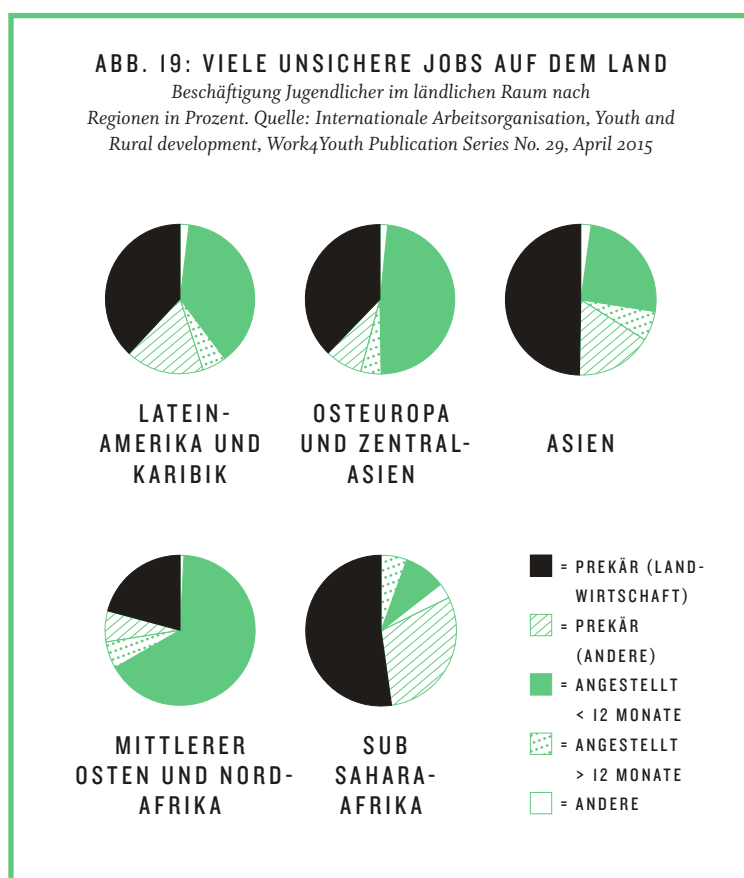
sich eine Berufsvorbereitung an. Darin ist Deutschland mit seinem dualen System anderen Gebern voraus. Viele Partnerländer haben großes Interesse, praxisorientierte Systeme aufzubauen oder aufzuwerten.

Seit 2010 hat die deutsche bilaterale EZ ihre Mittel für berufliche Bildung von 56 Millionen Euro auf 147,2 Millionen Euro mehr als verdoppelt: Durchschnittlich kommen so jährlich 100 Millionen Euro vor allem in Afrika und Asien zusammen. 2016 sind 134 Millionen Euro eingeplant. Für Beschäftigungsförderung gab Deutschland in Projekten der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung von 2012 bis 2015 rund 704 Millionen Euro aus.⁽⁴⁾

01 Deutschland muss seine Vorreiterrolle ambitioniert ausbauen, auch wenn Erfolge sich nur langsam einstellen und messen lassen. Strategisch hat sich das BMZ zuletzt 2012 zur beruflichen Aus- und Fortbildung neu aufgestellt. Es wäre also an der Zeit für eine umfassende Auswertung der Erfahrungen, um darauf aufbauend mit Partnerländern standortbezogene Konzepte zu entwickeln.

02 Es reicht nicht aus, deutsche Unternehmen zu fördern, die im globalen Süden schon präsent sind und ausbilden. In Absprache mit Partnerländern können geeignete Wirtschaftszweige identifiziert werden, um Fördermaßnahmen der Wirtschafts-, Arbeits- und Umweltressorts zu verzahnen und interessierte deutsche Firmen für Investitionen mit Ausbildungskomponenten zu gewinnen. Davon ausgehend können sich Trägerschaften für Berufsbildung organisieren. Auch die Handelsförderung (Aid for Trade) sollte strategischer zugeschnitten werden.⁽⁵⁾

03 Wer für Jugendliche Unternehmertum im ländlichen Raum attraktiv macht, hat gewonnen. Berufsbildungspartnerschaften können Curricula modernisieren



und auf dynamische Regionen zuschneiden. Gerade in Afrika, wo die Industrialisierung anders als in Asien und Lateinamerika stockt – und daher wenig zu Beschäftigung und inklusivem Wirtschaftswachstum beiträgt –, empfehlen Experten die Landwirtschaft und ihre Schnittstelle zur Nahrungsmittelverarbeitung und

zu anderen lokalen Wertschöpfungsketten als Motoren für „gute Jobs“ (Abb. 19).⁽⁶⁾

04 Gemeinsam mit den Nachbarn, die vergleichbare Berufsbildungssysteme haben, kann Deutschland schneller mehr erreichen. Zu lange spielte Ausbildung in der Entwicklungspolitik eine Nebenrolle, weil sie viel Zeit zum Aufbau braucht. Deutschland hat ein Geberkomitee für Berufsausbildung mit Österreich, der Schweiz und Liechtenstein gegründet.⁽⁷⁾ Es sollte sich zügig Ziele setzen.

05 Gerade bei Bildung und Jobs ist der Gender-Gap oft riesig (Abb. 18). Geschlechtergerechtigkeit ist ein Nachhaltigkeitsziel (Nr. 5) und „niemanden zurücklassen“ gilt auch hier. Mädchen und Frauen müssen die gleichen Chancen erhalten. Dazu braucht es für sie gezielte Investitionen.

18
MILLIONEN
ARBEITSPLÄTZE MÜSSEN
JÄHRLICH IN AFRIKA
GESCHAFFEN WERDEN FÜR
JUGENDLICHE, DIE
AUF DEN ARBEITSMARKT
DRÄNGEN

DEUTSCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMEN- ARBEIT MESSEN

Die UNO-Nachhaltigkeitsziele werten die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf, erhöhen aber auch die Dringlichkeit, die globalen Herausforderungen anzugehen. Natürlich bedarf es dazu deutlich mehr Mittel als bisher. Aber: Geld allein genügt nicht! Es geht auch um Qualität und Wirksamkeit. Und darum, wie Deutschland im internationalen Vergleich dasteht.

All dies einzuschätzen ist von hoher Komplexität. Wir haben dazu den QUODA-Index des renommierten und unabhängigen Center for Global Development (www.cgdev.org) ausgewählt. Der QUODA misst Qualität anhand von 31 Indikatoren aus vier Bereichen, die sich aus den Selbstverpflichtungen der Geberländer – zum Beispiel der Paris-Erklärung – ergeben:

- Effizienz maximieren: Wie strategisch werden ODA-Mittel eingesetzt?
- Institutionen fördern: Wie gut werden bestehende Strukturen der Partnerländer genutzt und ihre Entwicklungsprioritäten respektiert?
- Partner entlasten: Wie werden Doppelungen, Überlappungen und Fragmentierung der EZ der Geber in einem Land vermieden?
- Transparenz und Lernen: Wie tragen Transparenz, Evaluierung und Daten evidenzbasiert zu Lernprozess und kontinuierlicher Verbesserung bei?

Der QUODA ist also ein hochaggrierter Index, der Qualität auf der Makroebene misst. Für die Beurteilung der Qualität einzelner Sektoren,

ABB. 20: VORREITER UND SCHLUSSLICHTER

Die drei laut QUODA-Index am besten und am schlechtesten platzierten Länder in der Qualitätsmessung, Deutschland im Mittelfeld. ME= Effizienz maximieren, FI = Institutionen fördern, RB = Partner entlasten, TL = Transparenz.
Quelle: The Quality of Official Development Assistance (QuODA), third edition, Nancy Birdsall and Homi Kharas, Center for Global Development & Brookings Institution (2014)

	ME	FI	RB	TL
01. IRLAND	0,65	1,05	0,82	0,66
02. DÄNEMARK	0,04	0,9	0,69	0,18
03. GROSSBRITANNIEN	0,27	0,45	0,36	0,1
12. DEUTSCHLAND	-0,34	0,12	-0,16	0,29
25. BELGIEN	0,1	-0,69	-0,56	-0,54
26. ITALIEN	-0,24	-0,39	-0,53	-0,62
27. UNGARN	-0,26	-2,17	0,7	-0,48

der durchgeführten Projekte oder Landesprogramme eignet er sich nicht. Hier besteht eine Lücke, die es zu schließen gilt. Deutschland liegt in allen vier Dimensionen des QUODA-Index höchstens im Mittelfeld der Geber. Im Bereich der Effizienz liegt es sogar lediglich auf Platz 30 aller 31 beurteilten Geber. Die Bewertung macht den Nachholbedarf deutlich, den Deutschland in allen vier Dimensionen des QUODA-Index hat, um Steuermittel optimal einzusetzen. Wir empfehlen deshalb:

01 Deutschland sollte eine Neuorientierung der Entwicklungszusammensarbeit an den Nachhaltigkeitszielen nutzen, um die Qualität deutlich zu steigern. Die Verpflichtungen, die zum Beispiel bei den Gipfeln von Accra 2008 und Busan 2011 eingegangen wurden, sind in allen betroffenen Ministerien umzusetzen.

02 Deutlich ausbaufähig sind Bemühungen um Wirksamkeit auch bei der Mittelverwendung.

Evaluierungen sind hinsichtlich ihrer Systematik und Unabhängigkeit unzulänglich, die Offenlegung lässt viele Wünsche offen. Zur Rechenschaftslegung gehören neben zugänglichen Studien über Sozial- und Umweltverträglichkeit auch funktionale Beschwerdemechanismen in den Partnerländern.

03 Trotz aller Kritik schneiden die DAC-Länder im QUODA deutlich besser ab als die neuen Geberländer aus den Reihen der Schwellenländer. Deutschland hat bereits einige entwicklungspolitische Anliegen erfolgreich in den Kreis der G20-Staaten getragen. Nun sollte es auch darauf hinwirken, dass sich mehr Länder kohärent in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren und bisherige Erfahrungen dabei effektiv genutzt werden.

04 Generell ist die Lücke zwischen politischen Ankündigungen, allen voran dem Ausgabenziel von 0,7 Prozent des BNE, und den bisweilen mageren Folgen bei der tatsächlichen Umgestaltung deutscher EZ zu groß. Dieses Missverhältnis schadet dem Ruf von Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit.

KOHÄRENZ VERBESSERN

Ein wesentliches und neues Merkmal der UNO-Nachhaltigkeitsziele liegt darin, dass jedes Land als Teil des globalen Ganzen gesehen wird. Daher gewinnt auch die Kohärenz deutscher Politik an Relevanz. Ein Umdenken ist bei allen Akteuren gefragt.

Da verlässliche und belastbare Indices zur Umsetzung der SDG noch nicht vorliegen, wird im Folgenden

mit Unterstützung des Projekts 2030 Watch der Open Knowledge Foundation Deutschland (<http://2030-watch.de>) anhand von vier Themenbereichen, die durch Indices erfasst werden, beispielhaft hervorgehoben, wo für die Bundesregierung Handlungsbedarf besteht. Es sind dies:

01 Der Financial Secrecy Index 2015 (<http://www.financialsecrecyindex.com>) des Tax Justice Networks vergleicht die Möglichkeiten der Steuervermeidung und das Ausmaß finanzieller Offshore-Aktivitäten.

02 Der Climate Change Performance Index 2016 von Germanwatch (<https://germanwatch.org/en/ccpi>). CCPI vergleicht 58 Länder, die für 90 Prozent der klimarelevanten Emissionen verantwortlich sind.

ABB. 21: NACHHOLBEDARF

Deutschland schneidet in allen vier Bereichen schlechter ab als Irland. Bei Qualität der Hilfe und Transparenz gleichauf mit den USA, die wiederum bei der Förderung von Institutionen und der Entlastung der Partnerländer schlechter abschnitten. Quelle: Center for Global Development, 2014, verändert

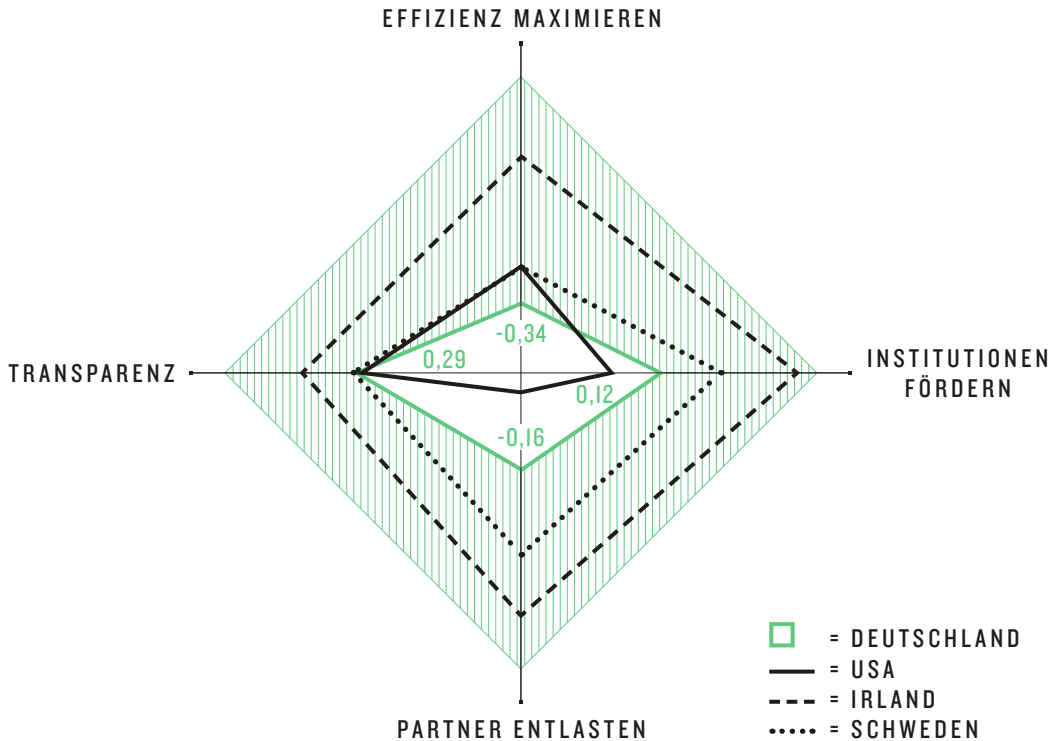
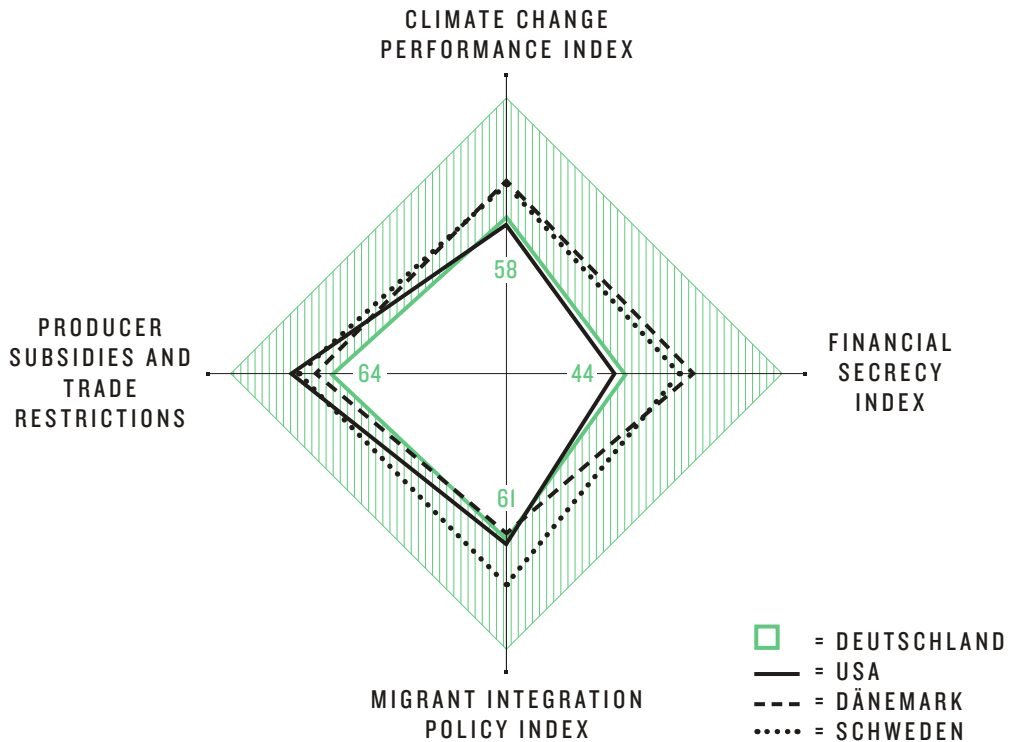


ABB. 22: NOCH LUFT NACH OBEN

Den Rand des schraffierten Bereichs würden die Werte für Klimapolitik, Finanzsysteme, Integration und Hunger bei optimalen Ergebnissen erreichen, eigene Darstellung.



03 Der Migrant Integration Policy Index 2015 (www.mipex.eu) misst anhand von 167 Indikatoren die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Beteiligung und Integration von Migranten in 38 Ländern, zu der sich die Länder im Nachhaltigkeitsziel 10.7 verpflichtet haben.

04 Der Agrarpolitik und Subventions-Index 2015 von Brookings (<https://endingruralhunger.org/data/rankings/>) vergleicht die DAC-Staaten anhand von zehn Indikatoren und zeigt auf, wie stark Produktions-subsventionen im Agrar- und Biotreibstoffbereich sowie Handelsbarrieren globale Agrarmärkte verzerren und sich so negativ auf andere Länder auswirken.

Aus dem ersten Index ist abzulesen, dass z. B. der deutsche Beitrag zur

Stärkung der nationalen Steuersysteme in Partnerländern teilweise konterkariert wird durch die Intransparenz des deutschen Finanzsystems, welche Steuerflucht aus anderen Ländern nach Deutschland erleichtert.

Unser Steuersystem ist mit einer Bewertung von 44 von 100 möglichen Punkten intransparenter als das fast aller EU- oder OECD-Länder. Nur Großbritannien, Japan, die Schweiz und die USA erhalten noch schlechtere Noten. Deutschland muss seine Steuerschlupflöcher auch für ausländische Gelder schließen und sich für die rasche Umsetzung strenger einheitlicher internationaler Standards einsetzen.

Ein Testfall für Deutschlands Glaubwürdigkeit ist auch die bis 2050 im Koalitionsvertrag vereinbarte Reduzierung von Treibhausgasen um 80–95 Prozent. Klimaverände-

rungen führen vor allem in Entwicklungsländern zu Umweltkatastrophen, Verlust von Agrarflächen und Missernten. Trotz des starken Engagements gegen den Klimawandel gehört Deutschland zu den Ländern mit den höchsten klimaschädlichen Emissionen pro Kopf. Im CCPI erreicht Deutschland lediglich Rang 22 von 58 Ländern.

Die Bekämpfung des Hungers und die Förderung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern ist Bundesminister Gerd Müller ein Herzensanliegen. Gleichzeitig schadet heimische Agrarpolitik der Landwirtschaft in Entwicklungsländern: Im Ending Rural Poverty Index, der die Politik aller OECD-Länder auf ihren positiven Einfluss auf die Ernährungssituation in Entwicklungsländern misst, erreicht Deutschland nur Rang 22 von 28 bewerteten Ländern.

Um das zu ändern, bedarf es auch stärkerer Kohärenz und Kooperation von BMZ und Agrarministerium.

In ihrem Bericht zum HLPF in New York im Juli 2016 betont die Bundesregierung ihren Beitrag zur Lösung globaler Flüchtlingskrisen durch die Bekämpfung von Fluchtursachen und durch die Aufnahme von Geflüchteten. Im MIPEX erreicht Deutschland Rang

10 unter 38 Ländern. Insbesondere bei der Bekämpfung von Rassismus und dem Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung gibt es Verbesserungsbedarf.

Deutschland ist also nicht der Vorreiter, als den es die Bundesregierung gerne präsentiert – weder in der Entwicklungspolitik noch in der Umsetzung der Agenda 2030. Von

wirklich kohärentem Handeln sind wir ein gutes Stück entfernt. Dazu wird es nötig sein, dass die Bundesregierung die Botschaft aussendet, dass „Business as usual“ keine Option mehr ist, und konsequent im Sinne der Nachhaltigkeitsziele handelt, auf allen Ebenen. Das wäre vielleicht nicht die beste, aber sicher eine der ehrlichsten Botschaften.

ABB. 23: DEUTSCHLAND MUSS HANDELN

Das Ergebnis zeigt deutlich, dass Deutschland in 16 der 17 SDG Handlungsbedarf hat
(Methodik unter sdgindex.org).



IN A NUTSHELL EMPFEHLUNGEN IM JAHR EINS DER AGENDA 2030

Nur eine Politik, die nachweislich und nachhaltig Armut, Ausgrenzung und Ungleichheit abschafft, wird der Agenda 2030 gerecht. Die Herausforderungen der Nachhaltigkeitsziele erfordern Mut zum Umdenken, in allen Ressorts. „Niemanden zurücklassen“ heißt die Benachteiligten miteinbeziehen, die an Entwicklung nicht teilhaben, und an den Ursachen der Exklusion ansetzen.

Deshalb fordern wir für eine wirksamere Entwicklungszusammenarbeit:

01 Entwicklungszusammenarbeit, Nothilfe und Krisenbewältigung müssen sich besser und flexibler verzahnen, im Zusammenspiel mit Partnerländern und der Zivilgesellschaft. Das gilt für die Flüchtlingskrise, deren Bewältigung an Ursachen statt an Symptomen ansetzen muss, sowie im Umgang mit den ärmsten und fragilen Ländern und Gruppen, die aus dem toten Winkel der Entwicklungspolitik herausmüssen.

02 Hunger und Mangelernährung bleiben die schwerste Hypothek. Sie zu überwinden erfordert, das bisherige Tempo zu verdreifachen. Wir begrüßen den hohen Stellenwert der Sonderin-

itiative EINEWELT ohne Hunger (SEWOH) und wünschen, dass Ernährungssicherung auch künftig Vorrang erfährt. Die Initiative muss aber verbessert werden: in Strategie, Transparenz, Dialog mit den Partnerländern und selbstkritischer Evaluation.

03 Mehr Mittel! Nicht die Zivilgesellschaft hat das 0,7-Prozent-Ziel festgelegt. Es waren die Regierungen vor mehr als 50 Jahren! Das Ziel ist ein Kind seiner Zeit. Auch im Kontext geteilter Verantwortungen bleibt es jedoch eine Messlatte für die Leistung der Industriestaaten. Die brechen konsequent ihr Versprechen: durch Rechenkünste und durch Zeitschinden – nun bis 2030. Deutschland sollte ehrlicher sein und auch im Vorsitz der G20 mit den Schwellenländern erhöhtes Engagement zur Finanzierung der Agenda 2030 vereinbaren.

04 Deutschland braucht einen Nachhaltigkeits-TÜV: Es muss systematischer geprüft werden, wo Agrar-, Entwicklungs-, Handels- und Steuerpolitik zuwiderlaufend den Entwicklungsländern schaden. Staatssekretärsrunden und Kompetenz im Kanzleramt reichen nicht mehr aus. Es ist Zeit für eine neue

Architektur und Aktionspläne. Es wäre ein Aufbruchssignal, noch vor den Bundestagswahlen Nachhaltigkeit in der Verfassung zu verankern.

05 Mehr Gestaltung statt Verwaltung! „Die Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen strategisch gestalten“, war die klare Ansage der OECD – im Jahr 2010. Der Dialog erlebt Höhen und Tiefen, bleibt aber Stückwerk und oft Mikromanagement. Das Potenzial als Partner wird nicht ausgeschöpft.

06 Kriege und Krisen sind der Feind nachhaltiger Entwicklung. Deutschland muss sich für eine neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur starkmachen. Nothilfe, Konfliktbewältigung und Aufbauarbeit gehören zusammen.

07 Wir wünschen uns, dass die Bundesregierung im Parlament jährlich Rechenschaft ablegt, wie es um die Nachhaltigkeitsziele Deutschlands steht. Derzeit ist ihr nächster Bericht an das UNO-Nachhaltigkeitsforum (HLPF) für 2021 angekündigt, eine Fortschrittsbilanz zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie nach deren Neuauflage in diesem Jahr erst 2020. Das reicht nicht aus!

FUSSNOTEN

KOMMENTIERUNG

- (1) Rede Kanzlerin Angela Merkel vor dem Nachhaltigkeitsrat. 31.05.2016w
- (2) ODA-Pressemitteilung BMZ: bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2016/juli/160706_pm_065_Bundesminister-Mueller-Haushalt-2017-ist-eine-Investition-in-unsere-Zukunft/index.jsp Vgl.: bundshaushalt-info.de/#/2016/soll/ausgaben/einzelplan/23.html
- (3) Mittelfristige Finanzplanung Bundesfinanzministerium
- (4) VENRO-Position Haushalt: venro.org/presse
- (5) Grüner Finanzplan: gruene-bundestag.de/themen/entwicklungszusammenarbeit/der-gruene-finanzplan-2020-14-06-2016.html
- (6) bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/geber/index.html und oecd.org/dac/stats/ODA-2015-detailed-summary.pdf
- (7) Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2017, Einzelplan 23, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- (8) venro.org/presse/?presseUID=85&v=o&cHash=7b55ebbd883b38891c7720b91246d879
- (9) OECD-Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit Deutschland, 2010, S. 19
- (10) OECD-Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit Deutschland, 2015, S. 19

EINFÜHRUNG

- (1) bloomberg.com/news/articles/2015-02-10/g-20-confronts-income-inequality-scourge-for-first-time-in-draft
- (2) sustainabledevelopment.un.org/content/documents/10374GER_Report_to_HLPF_2016_Exec_Summary.pdf

FLUCHT

- (1) Rede im Bundestag bei der Debatte zur Fluchtursachenbekämpfung Juni 2016
- (2) Haushaltsentwurf vom 13.7.2016, Einzelplan 23 und bundshaushalt-info.de/fileadmin/de.bundshaushalt/content_de/dokumente/2016/soll/epl23.pdf
- (3) giz.de/de/html/39372.html
- (4) auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Krisenpraevention/5_Projektbeispiele/160601_Leitlinien.html?nn=382590

ARMUT

- (1) blogs.worldbank.org/opendata/archive/201606, blogs.worldbank.org/opendata/what-does-it-mean-eradicate-extreme-poverty-and-halve-national-poverty-2030
- (2) DIE, Briefing Paper 15/2015 Garroway + Reisen, basierend auf IWF World Economic Outlook und World Bank PovcalNet tool
- (3) g7germany.de/Content/DE/_Anlagen/G8_G20/2015-06-08-g7-abschluss-deu.pdf?__blob=publicationFile&v=5 Seite 22
- (4) bmz.de/de/ministerium/ziele/ziele/montereykonsens/index.html

- (5) afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Policy-Documents/2013-2017_-_Private_Sector_Development_Strategy.pdf
- (6) oecd.org/berlin/presse/steuervermeidung-multinationaler-unternehmen-eindaemmen-oecd-praesentiert-reformen-fuer-internationales-steuersystem.htm
- (7) www.oecd.org/dac/states-of-fragility-2015-9789264227699-en.htm

HUNGER

- (1) Schlussklärung G7 Elmau https://g7germany.de/Content/DE/_Anlagen/G8_G20/2015-06-08-g7-abschluss-deu.pdf?__blob=publicationFile&v=5
- (2) Ending Rural Hunger, Brookings Institution (2015)
- (3) Bodenatlas – Daten und Fakten über Acker, Land und Erde, Heinrich-Böll-Stiftung/Institute for Advanced Sustainability Studies/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Le Monde Diplomatie (2015), S. 24

VERWUNDBARE

- (1) Unesco Institute for Statistics, Policy Paper 27, July 2016, Zahlen von 2014
- (2) EFA GMR (2015): Education for All 2000-2015: Achievements and Challenges – Summary. Paris, UNESCO
- (3) Marginality, Mapping the Nexus of Poverty, Exclusion and Ecology, Editors Joachim von Braun, Franz W. Gatzweiler
- (4) UNDP: Human Development Report 2016
- (5) worldbank.org/en/news/press-release/2015/04/07/world-bank-president-strategy-end-poverty-new-development-partners
- (6) kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/PDF-Dokumente-Development-Research/2013-02-25_EK_Ultra-Armut_EN.pdf
- (7) bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier365_2016.pdf, Roadmap 2016

JOBS

- (1) esa.un.org/unpd/wpp/Publications/Files/WPP2015_Volume-II-Demographic-Profiles.pdf
- (2) post2015hlp.org/wp-content/uploads/2013/06/Assaad-Levison-Global-Youth-Employment-Challenge-Edited-June-5.pdf
- (3) imf.org/external/pubs/ft/reo/2015/af/eng/pdf/sre00415.pdf
- (4) BMZ, Sprecherin
- (5) deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Policy%20Briefs/DEval_Policy%20Brief_Aft_032015.pdf
- (6) berlin-institut.org/publikationen/discussionpapers/Jobs_fuer_Afrika.html
- (7) dcdualvet.com/wp-content/uploads/2016/06/DCdVET_Duale_Berufsbildung_als_Option_in_der_Entwicklungszusammenarbeit_Studie_Matthias_Jaeger.pdf

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau u. Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit u. Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen
CCPI	Climate Change Performance Index
DAC	Development Assistance Committee, Entwicklungsausschuss der OECD
DEG	Deutsche Investitions- u. Entwicklungsgesellschaft der KfW
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
ERPI	Ending Rural Poverty Index
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organisation, Landwirtschafts- u. Ernährungsorganisation der UNO
FSI	Financial Secrecy Index
G7	Gruppe der führenden Industriationen
G20	Gruppe der führenden Industrie- und Schwellenländer
HDI	Human Development Index
HLPF	High Level Political Forum, Nachhaltigkeitsforum der UNO
IWF	Internationale Währungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LDC	Least developed countries: definiert durch soziale u.wirtschaftliche Kriterien, u.a. des Human Assets Index, des Economic Vulnerability Index und einem BNE unter 1035 \$ im Mittel von drei Jahren. unohrrls.org/about-ldcs/criteria-for-ldcs/
LIC	Low Income Countries
MIPEX	Migrant Integration Policy Index
NEET	Not in Employment, Education or Training, Jugendliche außerhalb von Beschäftigung, Aus- und Fortbildung
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance, staatliche Entwicklungshilfe
ODI	Overseas Development Institute
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development, Industrieländerorganisation
QUODA	Qualitätsindex des Center for Global Development
SDG	Sustainable Development Goals, Ziele für nachhaltige Entwicklung
SEWOH	Sonderinitiative EINEWELT ohne Hunger
SSA	Subsahara-Afrika
UNHCR	UNO-Flüchtlingswerk
UNO	Vereinte Nationen
VENRO	Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen
VGGT	Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure
WFP	UNO Welternährungsprogramm

DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE E. V.

*Friedrich-Ebert-Straße 1
53173 Bonn
Telefon 02 28 / 22 88 – 0
Fax 02 28 / 22 88 – 333
info@welthungerhilfe.de
welthungerhilfe.de*

TERRE DES HOMMES DEUTSCHLAND E. V.

*Ruppenkampstraße 11a
49084 Osnabrück
Telefon 0541 / 71 10 – 0
Fax 0541 / 70 72 33
info@tdh.de, tdh.de*